

Integrated design and control under uncertainty: Embedded control optimization for plantwide processes.

Seit Mitte der 1990er Jahre versucht die deutsche Bundesregierung, die Liberalisierung des Abfallmanagements gegen den Widerstand der kommunalen Stadtverwaltungen durchzusetzen. Ein Rückblick auf die deutsche Abfallpolitik innerhalb der letzten zehn Jahre zeigt dramatische Veränderungen in Bezug auf die Abfallentsorgung und die Mülldeponien auf. Während zu Beginn der 1990er Jahre noch die Kritik von Umweltschützern im Vordergrund stand, so gewannen ökonomische Faktoren und Überlegungen zur Möglichkeit einer Privatisierung immer mehr an Bedeutung. Dieser Perspektivwechsel ist nach Einschätzung des Autors vor allem der CDU-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl zuzusprechen, welche den Handlungsspielraum der Städte und der administrativen Bezirke erheblich einschränkte. Das sogenannte "duale System" führte in Verbindung mit einer entsprechenden Neuordnung der Verpackungsordnung im Jahr 1991 das Recycling bundesweit ein und sorgte damit für eine deutliche Entlastung der Stadtbezirke hinsichtlich der Abfallmengen. Der Autor stellt in seiner Analyse des deutschen Abfallmanagements fest, dass in einem dezentralisierten politischen System wichtige Deregulierungsziele größtenteils durch indirekte Mechanismen erwirkt werden. (ICI)

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechterforscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2007s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die Beanspruchungspraxis und die politische Rede über Zeit- und Tätigkeitsstrukturen dieser Gruppe belegen, entgegen den oben skizzierten Positionen, dass Beruf und Beruf bzw. Beruf und Karriere vereinbar sind.